

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter



München, 17. Dezember 2025

Änderungsantrag zu TOP A2

**Haushaltsplan 2026, Schlussabgleich; Mittelfristige Finanzplanung der Landeshauptstadt München für die Jahre 2025 - 2029; Kreditaufnahmen 2026
Sitzungsvorlage Nr. 20-26/ V 18299**

Der Antrag des Referenten wird wie folgt geändert:

Punkt 1 neu	<p>Die Stadtkämmerei wird beauftragt, unverzüglich eine Beschlussvorlage zur Erhöhung der Gewerbesteuer um mindestens 15 Prozent vorzulegen (d.h. eine Steigerung um mindestens 75 Punkte). Der Nettoertrag aus der Gewerbesteuer (abzgl. Gewerbesteuerumlage) steigt damit um über 500 Mio. €.</p> <p>Im Gegenzug wird eine Erhöhung der Grundsteuer abgelehnt. Der Stadtkämmerer plant bisher, eine solche Erhöhung dem noch amtierenden Stadtrat nach der Kommunalwahl 2026 vorzuschlagen.</p>
Punkt 2 neu	<p>Mit den zusätzlichen Einnahmen werden folgende Aufgabenschwerpunkte finanziell gestärkt:</p> <ul style="list-style-type: none">a) WiM VII: München Modellb) Aktive Bodenvorratspolitikc) Unterhalts- und Instandhaltungsmaßnahmend) Schul- und Kita-Bauprogrammee) ÖPNV-Bauprogrammef) Klimaneutrale Gebäude

Punkt 3 neu	<p>Die (Vor-)Arbeiten an folgenden Projekten werden umgehend beendet:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) U9 (Vorhaltebauwerk, weitere Planungen) b) U5 Pasing nach Freiham (Vorhaltebauwerk, weitere Planungen) c) BMW-Tunnel im Hasenberg (Planungen) d) Investitionszuschuss an MTTC Iphitos e.V. e) Olympiabewerbung f) Bewerbung um weitere Großevents im Profisport
Punkt 4 neu	<p>Die Personalbudgets der Referate werden so weit aufgestockt, dass die Überlastung der Beschäftigten zurück geht und 95 % der genehmigten Stellen finanziert sind. Die geplante Reduktion der Ausbildungszahlen unterbleibt, damit der demografische Wandel in der Stadtverwaltung bewältigt werden kann. Ein Personalabbau findet nur in den Bereichen statt, in denen das Aufgabenspektrum tatsächlich zurückgeht.</p>
Punkt 5 neu	<p>Für alle Zuwendungsempfänger*innen im sozialen und kulturellen Bereich werden die Tarifsteigerungen ausgeglichen, unabwendbare Steigerungen bei den Sachkosten (v.a. Mieten, Mietnebenkosten) werden ebenfalls ausgeglichen.</p>
Punkt 6 neu	<p>Die Stadtkämmerei legt eine Liste aller Projekte vor, deren Umsetzung von der Stadtkämmerei gestoppt wurde durch Nicht-Zustimmung zur verwaltungsinternen Projektgenehmigung. Der Stadtrat entscheidet anschließend erneut über die Umsetzung. Zukünftig wird der Stadtrat unverzüglich damit befasst, wenn ein vom Stadtrat bereits genehmigtes Projekt aus finanziellen Gründen doch nicht umgesetzt werden soll. Dies gilt auch für alle Eckdatenbeschlüsse für den Haushalt 2026.</p>
Punkt 7 neu	<p>Die Stadtkämmerei wird beauftragt, in der nächsten Vollversammlung am 4. Februar 2026 einen im Sinne der oben genannten Punkte geänderten Haushaltsplan 2026 und ein geändertes MIP 2025 – 2029 zur Beschlussfassung vorzulegen.</p>
Punkt 8 neu	<p>Die Ergebnisse aus dem umfassenden Prozess zur Aufgabenkritik werden ebenfalls in der Vollversammlung am 4. Februar 2026 und damit vor der Kommunalwahl vorgelegt. Es grenzt an Wählertäuschung, die Vorschläge erst nach der Kommunalwahl öffentlich zu diskutieren und dann aber noch</p>

Stadtratsfraktion

Die Linke / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

	den alten Stadtrat damit zu befassen.
Punkt 9 neu	Wie Punkt 3 im Antrag des Referenten: Den Haushalten der rechtsfähigen Stiftungen (Anlage 6) wird zugestimmt.
Punkt 10 neu	Wie Punkt 6 im Antrag des Referenten: Umstellung Kontenplan, geänderte Deckungsfähigkeit
Punkt 11 neu	Wie Punkt 9 im Antrag des Referenten: Umstellung Kontenplan, Zeilenverschiebungen in den Gesamt- und Teilhaushalten sowie im MIP 2027 - 2029t

Begründung:

Die weiter explodierende Verschuldung der Stadt erfordert neben einer Aufgabenkritik und der Konzentration auf den Erhalt der sozialen und kulturellen Infrastruktur eine massive Erhöhung der städtischen Steuereinnahmen. Die Einführung einer Übernachtungssteuer ist vor Gericht zunächst gescheitert. Aus der Investitionsmilliarde des Bundes wird in München nicht viel ankommen. Jedenfalls nicht genug, um die inzwischen zahlreichen gestoppten Projekte anzugehen. Auch der Stadtkämmerer sieht die Notwendigkeit von Einnahmeerhöhungen, jedenfalls plant er den noch amtierenden Stadtrat mit einer Grundsteuererhöhung zu befassen. Das wird den städtischen Haushalt aber nicht retten. Dafür ist das Aufkommen dieser Steuer viel zu niedrig. Zudem wird die Grundsteuer auf die Nebenkosten umgelegt, so dass die Erhöhung im Wesentlichen die Mieterinnen und Mieter treffen wird. Wir fordern hingegen eine merkbare Erhöhung der Gewerbesteuer. Diese Steuer trifft vor allem große Unternehmen und kaum kleinere Gewerbetreibende. Drei von vier Gewerbebetrieben zahlen keinerlei Gewerbesteuer, die 300 größten Betriebe der Stadt hingegen 70 % der gesamten Gewerbesteuer. Die Erhöhung trifft also leistungsfähige Unternehmen, die zudem auf eine funktionierende Stadt angewiesen sind. Die Finanzlage der Stadt ist mittlerweile derart schlecht, dass eine Erhöhung um mindestens 15 % unerlässlich ist.

Gleichzeitig ist es für eine zukunftsfähige Stadtpolitik unverzichtbar, auf eine Reihe von Großprojekten mit weiteren milliardenschweren Kosten für die Stadt zu verzichten. Dazu gehören die oben genannten Tiefbaumaßnahmen: U9, U5 nach Freiham und der BMW-Tunnel. Aber auch eine ganze Reihe von Großevents kann und sollte die Stadt nicht weiter finanzieren.

Was mich aber am meisten erzürnt an dem heute vorgelegten Haushalt, ist die Bereitschaft der Stadtratsmehrheit, vor der Kommunalwahl keinerlei politische Verantwortung für einzelne Sparmaßnahmen zu übernehmen: Eine Reihe von Projekten, die der Stadtrat auf den Weg gebracht hat, werden verwaltungsintern durch die Stadtkämmerei gestoppt. Nur ein Beispiel dazu: die Sanierung des Kegelhofs in der Au liegt auf Eis, weil die Stadtkämmerei der Projektgenehmigung nicht zustimmte. Wie viele Projekte stadtweit trifft das noch? Das weiß bisher niemand. Zudem will sich die Stadtkämmerei

Stadtratsfraktion

Die Linke / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

„ermächtigen“ lassen, die Aufnahme zusätzlicher Finanzierungsbeschlüsse (d.h. der diesjährigen Eckdatenbeschlüsse) „auszusetzen“. Das bedeutet, der Stadtrat genehmigt öffentlich notwendige Ausgaben, die dann von der Stadtkämmerei ausgehebelt werden?

So geht das nicht, Kolleginnen und Kollegen!

Und auf S. 17 der Beschlussvorlage erfährt die erzürnte Leserin, dass die Ergebnisse der Prozesse zur Aufgabenkritik dem Stadtrat „Ende des ersten bzw. Anfang des zweiten Quartals“ vorgelegt werden soll. Das bedeutet, weitere Zumutungen der Stadt sollen vor der Kommunalwahl nicht öffentlich bekannt werden. Beschließen soll das aber dann noch der alte Stadtrat? Damit sich der neue Stadtrat der Kritik entziehen kann?

Kein Schelm, sondern vernünftig ist, wer Böses dabei denkt.

Der heute vorgelegte Haushalt kann so nicht beschlossen werden. Ergebnisse der Aufgabenkritik müssen gleichzeitig mit dem Haushaltsbeschluss vorliegen und ggf. mitbeschlossen werden. Die nächste Vollversammlung des Stadtrats am 4. Februar ist der nächstmögliche Zeitpunkt dafür. Damit auch die Wählerinnen und Wähler wissen können, was auf sie – je nach Wahlentscheidung – zukommt. Jedes andere Vorgehen wäre eine bewusste Irreführung der Wählerschaft.

Initiative:

Stadtrat Stefan Jagel, Stadträtin Marie Burneleit

Stadträtin Brigitte Wolf, Stadtrat Thomas Lechner

Stadtratsfraktion

Die Linke / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München